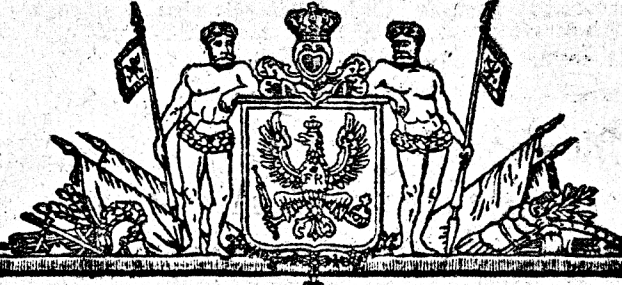


Woffische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme d. Handelsteils): L. V. E. Bau in Eln.-Tempelhof ★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 230, 15 231, 15 232 bis 15 291

Unsere Bedingungen vom Dezember 1916.

Ludendorffs Siegeszuversicht.

Die dritte Sitzung des Untersuchungsausschusses.

Im Untersuchungsausschuss ist heute die Vernehmung des Botschafters Graf Bernstorff zu Ende geführt worden, ohne daß gerade die wesentlichsten Punkte der deutschen auswärtigen Politik vor dem Abbruch der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten völlig geklärt werden konnten. Vielleicht wird die Vernehmung des früheren Reichsanzlegers v. Bethmann Hollweg, die am 31. Oktober erfolgen soll, die Erkenntnisse dieser vorläufig noch höchst unklaren Probleme fördern.

Immer deutlicher aber hat sich gerade am heutigen Tage gezeigt, daß in der amerikanischen Kriegsfrage alles sich darauf konzentriert: Hat die deutsche Regierung ihre Instruktionen an den Botschafter Bernstorff ehrlich gemehrt oder nicht; und wie erklärt es sich, daß der Botschafter bis zuletzt in den Glauben verfaßt werden konnte, die Friedensintervention Wilsons sei der deutschen Regierung willkommen, während die öffentliche Meinung hier in Deutschland nach ganz anderer Richtung hin instruiert worden ist. Eine sehr wesentliche Differenz besteht da schon, wie sich heute wieder ergab, zwischen der Auffassung, die Graf Bernstorff in Amerika von der Bedeutung der Friedensfindung der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 gewann und der Erklärung, die diese Friedensfindung in Deutschland fand.

Graf Bernstorff war sich im unklaren darüber, ob die Mittelmächte durch ihr eigenes Friedensangebot zukünftige Friedensschritte Wilsons erleichterten. Er neigte eher zu der Ansicht zu, daß dadurch die Wilsonschen Pläne erschwert wurden, aber er mußte nach seinen Instruktionen und nach allem, was vorhergegangen war, annehmen, daß Deutschland nicht die Absicht habe, mit einer eigenen Kundgebung die Friedensaktion Wilsons zu verhindern, zu der der deutsche Botschafter selbst den amerikanischen Präsidenten fortgesetzt animierte. Nun steht aber fest, daß die deutsche Regierung der öffentlichen Meinung gegenüber die Friedensfindung der Mittelmächte als gegen die Wilsonsche Friedensaktion gerichtet hinstellte. In einer vertraulichen Pressebesprechung, die kurz vor Erlass der Friedensfindung vom Staatssekretär Zimmermann zusammenberufen worden war, erklärte dieser ausdrücklich: „Wir erlassen dieses Friedensangebot, um einer Wilsonschen Friedensaktion, die wohl demnachst erfolgen wird, zuvorzukommen.“

Das war der Sinn seiner Äußerung. Sie wurde in dem dem früheren Staatssekretär eigenen Verben von burschlicher Gutwilligkeit gegeben. Die Beweisführung der nächsten Verhandlungen des Untersuchungsausschusses wird deshalb wesentlich das Ziel im Auge behalten müssen, die wirklichen Absichten der Regierung Bethmann-Hollweg bei der Inspiration der Friedensfindung vom Dezember 1916 zu ermitteln und gleichzeitig festzustellen, wie diese Absichten und die daraus zu schließenden Ansichten der Regierung über den Wilsonschen Friedenswillen sich mit den Instruktionen an den Grafen Bernstorff vertragen.

Eine besondere Wichtigkeit gewinnt in diesem Zusammenhang dann auch das mehrfach hier bereits erwähnte Gerard-Diner. Es wird noch erinnert sein, daß die amerikanische Handelskammer in Berlin am 6. Januar 1917 ein großes Diner gab, bei dem der Botschafter Gerard eine Rede hielt. In dieser Rede betonte er, daß die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bei der Begründung des amerikanischen Reiches niemals besser gewesen seien als heute.“ Ferner erklärte er, daß diese Beziehungen auch anbauen würden, solange seine guten Freunde, Männer wie Hindenburg, Ludendorff, Bethmann-Hollweg, Zimmermann, die er namentlich nannte, im Amte bleiben würden. Es ist später behauptet worden, daß gerade diese persönliche Apokalypse, die von einem Teil der deutschen Presse als grobe Fälschung, Gerard gewertet wurde, vom amerikanischen Botschafter mit ausdrücklicher Genehmigung des auswärtigen Amtes ausgesprochen war. Nun ist es allerdings richtig, daß zwar der amtliche Beschluß über den uneingeschränkten U-Bootkrieg noch nicht gefaßt war, aber andererseits steht fest, daß er im Auswärtigen Amt einigen Journalisten bereits vor dem Gerarddiner ausdrücklich mitgeteilt wurde. Im Prinzip fand die Vornahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges bereits fest.

Staatssekretär Zimmermann sprach damals sogar davon, daß er bereits eine entsprechende Instruktion an den Botschafter Grafen Bernstorff abgeschickt habe. Tatsächlich ist zu dieser Zeit auch noch die Instruktion ergangen, daß die Bitte Lansing um Mittelung der deutschen Friedensbedingungen vom Botschafter „diplomatisch“ behandelt werden möge. Es ist berechtigt, daß diese Instruktion beim deutschen Botschafter den Glauben verfestigen mußte, die deutsche Regierung halte an ihrem Wunsch, durch Amerika den Frieden zu vermitteln, fest und es wird auch hier die Aufgabe des Untersuchungsausschusses sein, genau festzustellen, wie die besondere, äußerlich zur Schau vertagene Freundlichkeit gegen den Botschafter Gerard sich mit den damals bereits feststehenden Absichten vereinbaren ließ.

Im übrigen ist von angeblich eingeweihter Seite nach dem Erlass der U-Bootnote verschiedentlich behauptet worden, daß die Tatsache der Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges an und für sich noch gar nicht den Abbruch der Beziehungen ohne weiteres bedentet haben würde, sondern daß vielmehr dem Gaf der Boden ausgeschlagen worden sei durch die sehr eigentümliche Fassung der U-Bootnote, die einer Großmacht wie den Vereinigten Staaten, anstatt über die Wahrung ihrer Interessen mit ihr in Verhandlung zu treten, vorschreibt, daß sie einmal in der Woche ein Schiff laufen lassen dürfe, das in bestimmten Gebieten aneinstrichen sein müsse.

Der Außenstehende vermag natürlich die Richtigkeit dieser Behauptung nicht zu prüfen. Er kann auch nicht beurteilen, ob die damals ebenfalls von angeblich eingeweihten aufgestellte Behauptung richtig ist, daß diese Note ohne Kenntnis der Marineinstanzen im Auswärtigen Amt dem Grafen und dem Botschafter nach verfaßt worden sei. Eine authentische Feststellung darüber kann lediglich der Untersuchungsausschuss fällen.

Von nicht unerheblicher Bedeutung endlich ist, wie sich ebenfalls bei der heutigen Befragung im Ausschuss herausstellte, die Aufklärung, was ein Interesse daran hatte, den Empfang des Botschafters Grafen Bernstorff beim Kaiser im Hauptquartier zu verhindern. Graf Bernstorff hat heute die angeblichen Gründe dafür erzählt, daß sich sein Empfang vom 13. Februar bis zum 4. Mai verzögerte. Diese Gründe, namentlich die phantastische Kofferrückführung, kann man unmittelbar ernst nehmen. Graf Bernstorff erklärte ferner, daß nach ihm geordneten Mitteln des Auswärtigen Amtes sofort nach seiner Rückkehr seinen Empfang beim Kaiser beantragt habe. Wenn das der Fall gewesen ist, so bleibt es rätselhaft, weshalb der Reichskanzler, der der Sache verantwortlichste Vertreter der deutschen Politik war, trotz der ihm möglichst schnellen Empfangs geordnet hat.

Da aber heutigen Ausgave des Grafen Bernstorff und namentlich nach dem sich daran anschließenden Frage- und Antwortspiel, mußte es beinahe den Eindruck machen, als ob irgendwelche militärischen Instanzen durch Soufflerung von verschiedenen Vorwürfen gegen den Grafen Bernstorff seinen Empfang verhinderten. Es scheint doch nicht unwahrscheinlich, daß der Unterjuchungsanspruch auch hierüber Klarheit schafft. Es hören eine Reihe von Anzeichen vor, daß mindestens die höchsten militärischen Stellen nicht das mindeste Interesse an einer Beibehaltung des Empfangs gehabt haben, und es sprechen sogar einige Vermutungen dafür, daß vielmehr sogar militärische Instanzen die weitere Hinauszögerung des Empfanges verhinderten.

Der Sitzungsbericht befindet sich auf den 2. Seite.

Milderung der Osterb'ockade.

Drahtmeldung.

Berlin, 23. Oktober. (W. S. B.)

Der Kaiser rat nahm Kenntnis von der Note der deutschen Regierung betreffend die Zulassung von Fischerei- und Küstenschiffahrtfahrzeugen im Baltischen Meer. Er beschloß, daß die Ueberwachung dieser Schiffe weniger streng durchgeführt werden soll.

Deutsch-französische Zusammenarbeit.

Drahtmeldung.

Bern, 23. Oktober. (W. S. B.)

Die über die französische Politik orientierten Blätter der Welt, besonders auch „Journal de Genève“, haben in den letzten Tagen wiederholt darauf hingewiesen, daß wichtig durch ein stärkeres, von keinerlei Sachbeeinträchtigung deutsches Zusammenarbeiten der Friede garantiert werden könne. Besonders bemerkenswert in diesem Zusammenhang sind die heutigen Ausführungen der deutsch-französischen „Gazette de Lausanne“. Das Blatt gibt den Ententepartei den Rat, nicht länger zu verzögern, daß zwischen Deutschland und seinen Befiegern seit dem 28. Juni der Friedenszustand herrsche. Deutschland sei damit wieder in den Kreis der Mächte eingetreten. Wenn man wolle, daß der Friede sich günstig entwickle und ein wirklich dauerhafter Friede werde, müsse man friedliche Gesinnung schaffen und zu diesem Zwecke sich an die Notwendigkeit gewöhnen mit Deutschland wieder korrekte Beziehungen anzunehmen. Man sollte nicht verkennen, daß man in einem mit einem Bannfluch belegten Deutschland die Notwendigkeit immer wieder fördere. Die Alliierten müßten Deutschland ihr Vertrauen zeigen, indem sie ihm Mittel gäben, seine guten Absichten zu beweisen. Uebrigens werde Deutschland seine Entschädigungen nur zahlen können, wenn die Alliierten ihm Gelegenheit dazu gäben.

Die Organisation des Außenhandels

von

Dr. W. S. Edwards.

Wer die Valutaschwankungen der letzten Monate, den erlaubten und heimlichen Handel durch das Voch im Westen und den Geschäftsvorteil auf der Frankfurter Messe eingehender verfolgt hat, konnte sich der Einsicht nicht verschließen, daß ein regelloser Außenhandel für Deutschland ein Ding der Unmöglichkeit ist. Während noch vor einigen Monaten die Vertreter der „zwangswirtschaft“, des freien Handels und der Planwirtschaft Wisell-Wollendorf für ihre Systeme die Vorherrschaft in der deutschen Handelspolitik forderten, versucht man es jetzt, angesichts der erbitterten Widerstände, die ein jeder dieser einseitigen Wirtschaftspläne hervorgerufen hat, mit einem Gemisch von allen dreien als Ausgleich auf der mittleren Linie. Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt ist ein typischer Vertreter dieses Kompromißgedankens. Ueberzeugt von der Notwendigkeit irgendeiner Regelung, ist er bestrebt, eine solche zu schaffen, die nur den gefährlichsten Uebeln des Augenblicks steuert und dabei ein Mindestmaß von Widerstand herozuruft.

Diese Politik der Notbehelfe konnte allenfalls für die erste Uebergangszeit nach der Revolution gerechtfertigt sein. Solange die Friedensbedingungen noch nicht bekannt waren, solange die Verlängerungen des Waffenstillstandes die deutsche Wirtschaft mit einem Element der Unsicherheit belasteten, war es begreiflich, daß man sich noch nicht an die Aufstellung einfacher, klarer handelspolitischer Ziele für eine weitläufige Politik herantraute. Diese Hemmnisse sind jetzt seit Monaten beseitigt. Die Unterzeichnung des Friedens, die Aufhebung der Blockade, die Uebersehwemmung mit Fertigwaren, aus Verbandsländern und die handelspolitischen Absichten Englands in der Richtung der Ausbreitung Deutschlands sollten seit Wochen und Monaten Veranlassung gegeben haben, ein handelspolitisches Programm zu entwerfen. Statt dessen geschah nichts Grundständliches oder Grundlegendes. Kleine Mittel wurden zur „Besserung der Valuta“ angewandt.

Geschäftspunktlosigkeit, Latenzlosigkeit und Grundlosigkeit sind heute auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens und der Politik in Deutschland Trumpf. Jeder Minister, Beamte oder Politiker, angänglich befragt, dadurch sein Amt, sein Mandat oder seinen Einfluß zu verlieren, hütet sich, ein Programm aufzustellen, das ohne Rücksicht auf Freund oder Feind, auspricht, was dem deutschen Volke über seiner Wirtschaft wirklich not ist. Angesichts dieser Furcht dieses feigen Ausweichens vor der Erkenntnis der sachlichen Notwendigkeiten unserer politischen und wirtschaftlichen Lage, gibt es, wie Bassalle einmal sagte, nur ein Mittel zur Heilung: rüchichtsloses Ursprechen dessen, was ist, und dessen, was sein soll.

Schlechter Stand der Valuta, viel zu geringe Ausfuhr, bedeutliche Vorratsaufspeicherung und Rohstoffknappheit sind die Kennzeichen unserer gegenwärtigen Lage. Sie ist eine natürliche Folge des Krieges, die nicht durch Mittelkreden, Parlamentsdebatten und fromme Wünsche bezüglich der Hebung der Arbeitslust beeinflusst wird. Tatkraft, Lebenswille und organisches Denken auf wirtschaftlichem Gebiet sind dazu erforderlich. Aus ihnen allein geht die Kraft und die Einsicht hervor, das sachlich begründete, nationalwirtschaftlich orientierte Programm für eine deutsche Handels- und Wirtschaftspolitik zu vertreten.

Dieses Programm muß folgende Voraussetzungen berücksichtigen:

- a) Deutschland ist der Schicksalsgenosse Frankreichs, Italiens, Rußlands und Oesterreichs im Sinnen der Valuta, im Rückgang der nationaler Produktion und in der Besarmung durch den Krieg.
- b) Aus dieser Schicksalsgemeinschaft ergibt sich die Notwendigkeit, Deutschlands Wirtschaftspolitik im Sinne der Bildung einer europäischen Arbeitsgemeinschaft wirtschaftlich geschwächter Staaten aufzustellen.

Wir können diese Gesichtspunkte aber nur dann mit Erfolg verwerten, wenn wir eine deutsche Wirtschaftspolitik entwerfen, die durch die zwingende Gewalt ihrer sachlichen Grundlage früher oder später von allen notleidenden europäischen Volkswirtschaften übernommen werden muß. Ein solches Programm lautet: Zuerst Deutschland, dann Europa muß durch Einstellung seiner Produktion für die Ausfuhr auf Qualitätswaren in Gestalt der zugelegten Arbeit den Gegenwert für die notwendige Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr aus Uebersee aufbringen. Die falsche, von elementarsten Vorstellungen ausgehende handelspolitische Gleichung, die angeblich anzustreben ist: Wert der Ausfuhr gleich oder größer als Wert der Einfuhr, ist durch die Forderung: Wert der ausgeführten Arbeit gleich Wert der eingeführten Lebensmittel und Rohstoffe zu ersetzen.

Wird in dieser Form der Wert der deutschen Arbeit gemessen an den Preisen und Löhnen auf dem Weltmarkt in allen Preisen bei Ein- und Ausfuhr in Rechnung gestellt, so verdient das deutsche Volk durch seine Arbeit, was es von der Weltproduktion verbrancht. Nur